



Der KOBV Österreich – Der Behindertenverband warnt vor einer Zunahme bei Hasskriminalität gegen Menschen mit Behinderungen: Rund 80 % aller Übergriffe werden nicht angezeigt. Die Gründe dafür sind vielfältig, Abhilfe schaffen können unter anderem niederschwellige und barrierefreie Maßnahmen im öffentlichen und privaten Bereich.

Hasskriminalität gegen Menschen mit Behinderungen wird kaum angezeigt

Utl.: *Behindertenverband warnt: Großteil der Übergriffe bleibt ohne Konsequenzen*

Wien, 12. März 2026 – Hasskriminalität (auch Hate Crime genannt) ist weiter auf dem Vormarsch. Das bestätigt eine aktuelle Studie des Instituts für Höhere Studien (IHS). Besorgniserregend ist vor allem die Dunkelziffer: Behinderungen sind der zweithäufigste Grund für Benachteiligungen, Diskriminierungen und Beleidigungen. 79 % der Übergriffe bleiben ohne Konsequenzen: Die Anzeigenstatistik des Innenministeriums weist für 2024 lediglich 125 Übergriffe gegen Menschen mit Behinderungen aus.

Für die Erhebung der Dunkelziffer hatte das IHS im Sommer 2024 über Organisationen, darunter auch über den KOBV Österreich – Der Behindertenverband, einen Fragebogen an relevante Personenkreise versendet. Von über 2.000 Rückmeldungen waren jedoch nur 868 verwertbar. Die Ergebnisse sind damit zwar nicht repräsentativ, lassen jedoch auf gewisse Tendenzen schließen. Im Fall von Menschen mit Behinderungen dürfte der soziale Status ein zusätzliches Motiv für Hasskriminalität darstellen. Die Übergriffe finden vor allem verbal statt und sind meistens mit sozialer Abwertung verbunden.



Hasskriminalität ist praktisch unsichtbar

Für den KOBV Österreich – Der Behindertenverband sind die erhobenen Daten ein Alarmsignal. Vor allem die hohe Dunkelziffer sei besorgniserregend, sagt KOBV-Präsident Franz Groschan: „Hasskriminalität gegen Menschen mit Behinderungen ist praktisch unsichtbar und wird kaum angezeigt. Die Gründe dafür sind vielfältig. Da ist zum Beispiel die Sorge, dass man nicht ernst genommen wird oder dass die Anzeige keine Konsequenzen für die Täterin oder den Täter haben könnte. Auch Angst vor Vergeltung spielt eine Rolle, vor allem dort, wo die Täterin oder der Täter aus dem direkten Umfeld stammt oder ein Abhängigkeitsverhältnis besteht.“

Die Studie lege außerdem nahe, dass mangelnde Selbstermächtigung und begrenztes öffentliches Problembewusstsein die Situation verschärfen. „Wenn fast 80 % der Täterinnen und Täter ungestraft davonkommen, dann müssen wir uns fragen, was wir tun können, um die zahlreichen Hürden aus dem Weg zu räumen, die einer Anzeige im Weg stehen“, betont Groschan. Manche dieser Hindernisse, wie etwa Zugänge zu Polizeistationen oder Informationen in einfacher Sprache, seien dabei vergleichsweise einfach und schnell zu beseitigen. „Eine Rampe für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer zu bauen, ist weit weniger Arbeit als Menschen zum Umdenken zu bewegen“, führt der KOBV-Präsident aus und ergänzt: „Inklusion beginnt im Kopf.“

Um Vorurteile gegen Menschen mit Behinderungen abzubauen, brauche es entsprechende Rahmenbedingungen: „Wenn ich lese, dass Menschen mit Behinderungen auch wegen ihres sozialen Status Opfer von Hasskriminalität werden, dann heißt das für mich, dass Inklusion weder in den Köpfen noch in den Institutionen vollständig angekommen ist“, sagt Franz Groschan.



Sparkurs drängt Menschen mit Behinderungen in Isolation

Ein Blick auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen lasse befürchten, dass sich daran nicht so schnell etwas ändern werde: „Die Arbeitslosigkeit steigt bei Menschen mit Behinderungen dreimal schneller als bei Menschen ohne Behinderungen. Knapp ein Viertel ist armutsgefährdet“, führt Groschan aus. Der aktuelle Sparkurs werde das Problem weiter verschärfen: Weniger Mittel für Arbeitsmarktprojekte, Kürzungen bei Förderungen aus dem Ausgleichstaxfonds und Einsparungen bei Sozialbudgets bedeuten langfristig noch höhere Arbeitslosenzahlen.

„Für die Betroffenen heißt das in letzter Konsequenz auch, dass sie nicht mehr oder nur noch sehr eingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Sie werden stattdessen zunehmend in die Isolation oder in Abhängigkeiten gedrängt, und sie werden vulnerabler. Wenn dann Übergriffe etwa durch Personen aus ihrem unmittelbaren Umfeld passieren, hält sie die Angst vor Konsequenzen davon ab, diese Übergriffe zu melden“, meint der KOBV-Präsident.

Ein selbstbestimmtes Leben garantiere zwar nicht, dass Menschen mit Behinderungen vor Übergriffen geschützt seien, bedeute aber Selbstermächtigung und Emanzipation. „Wer selbstbewusst ist und seine Rechte kennt, tut sich leichter damit, sich zu verteidigen und Übergriffe zu melden. Darum ist auch Bewusstseinsbildung so wichtig“, erklärt Franz Groschan.

Präventionsmaßnahmen müssen inklusiv und barrierefrei sein

Die in der Studie präsentierten Vorschläge für wirksame Maßnahmen, wie anonyme, sichere Meldewege, standardisierte und barrierefreie Meldeformulare oder niederschwellige Beratungs- und Begleitangebote für Opfer von Hasskriminalität, seien ein wichtiger Schritt, um die Anzeigenbereitschaft zu erhöhen. Auch Info-



Veranstaltungen, Workshops, Begegnungsräume in Wohnanlagen oder die Wiener Grätzlzentren hält der KOBV-Präsident für eine gute Idee.

„Wir dürfen aber nicht vergessen, dass all diese Angebote auch barrierefrei sein müssen, damit Menschen mit Behinderungen teilnehmen können“, betont Franz Groschan, „das betrifft auch die Beratungseinrichtungen oder Polizeistationen. Gebärdensprache, einfache Sprache, taktile Leitsysteme – all das erleichtert Menschen mit Behinderungen den Zugang zu wichtigen Informationen rund um Hasskriminalität, sodass sie im Ernstfall wissen, an wen sie sich wenden können.“

Über den KOBV:

Der KOBV Österreich – Der Behindertenverband Österreich setzt sich seit 1945 für die Rechte und die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ein. Unser Ziel ist eine barrierefreie, inklusive und sozial gerechte Gesellschaft für alle.